

Fakten und Argumente



Foto: Bernd Leonhardt

EDMUND STOIBER UND LOTHAR SPÄTH:

Vorfahrt für den Aufschwung Ost

So lautet der Titel eines „Entbürokratisierungskonzepts Ost“, das am 1. August der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, zusammen mit dem Mitglied des Kompetenzteams, Lothar Späth, in Gera vorgestellt hat.

Ziel dieses Konzepts, das im Untertitel „Öffnungsklauseln für Arbeit und Wirtschaft“ ankündigt: den Ent-

wicklungsunterschied zwischen Ost und West nicht länger größer werden zu lassen, sondern zu schließen. Das Konzept sieht unter anderem beschleunigte Investitionen in die Infrastruktur der neuen Länder vor, zum Beispiel durch Verlängerung des Gesetzes zur Beschleunigung der Verkehrswegeplanung über 2004 hinaus.

(Fortsetzung Seite 2)

INHALT

IM WORTLAUT

Vorfahrt für den Aufschwung Ost – Öffnungsklausel für Arbeit und Wirtschaft
SEITE 3-4

WAHLKAMPF

„Mittelstand für Stoiber“ und „Frauenpower für Stoiber“: Eindrucksvolle Demonstrationen für den politischen Wechsel am 22. September
SEITE 6-7

Höchste Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung

Über vier Millionen Arbeitslose mitten im Sommer – das ist eine erschreckende Nachricht:

■ 4,0469 Millionen Arbeitslose im Juli; ■ das sind rund eine Viertelmillion – genau 248.200 – mehr als noch im Juli 2001; ■ seit 12 Monaten in Folge liegt die Zahl der Arbeitslosen über der des Vorjahreswertes; ■ im Juli waren mit 471300 Stellen 10 Prozent weniger offene Stellen gemeldet als im Vorjahresmonat; ■ es gab 16 Prozent weniger unbe-

setzte Ausbildungsstellen als im Juli 2001.

Die Chefsache Ost ist zur Bedrohung geworden:

■ 1,410 Millionen Menschen sind in den Neuen Ländern ohne Arbeit.

Zwölf Jahre nach der Deutschen Einheit geht am Arbeitsmarkt die Schere zwischen Ost und West wieder auseinander. Die Arbeitslosigkeit hat in Ostdeutschland (Juni 2002) den höchsten Stand seit der Vereinigung erreicht.

Was haben die SPD-

Wahlkampfstrategen nicht alles versucht, um von diesen dramatischen Entwicklungen abzulenken.

Die Nebelkerzen, die Herr Schröder und Herr Müntefering in den letzten Wochen geworfen haben, können den Schaden, den diese Regierung unserem Land zugefügt hat, aber nicht länger vertuschen. Der Nebel lichtet sich, und was übrig bleibt, ist ein Dokument des Versagens der SPD und ihres Spitzenkandidaten Schröder.

Fortsetzung von Seite 1

Eine weitere wichtige Maßnahme des „Entbürokratisierungskonzepts Ost“ ist die Beschleunigung des Stadtumbaus Ost: Sie soll durch Erleichterung der so genannten Verwertungskündigung erreicht werden, die bisher nur in Westdeutschland zulässig ist.

Edmund Stoiber sprach sich außerdem dafür aus, die

zeitliche Befristung bei der Arbeitnehmerüberlassung für Zeitarbeitsunternehmen mit Sitz in Ostdeutschland aufzuheben. Befristete Arbeitsverträge sollen im Osten bis zu einer Dauer von vier Jahren abgeschlossen werden können: „Wir müssen im Osten eine Gründerwelle für mehr Arbeitsplätze auslösen.“

An der Vorstellung der

Konzepts, in dessen Mittelpunkt der Abbau von Regulierungen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze steht, nahmen die Ministerpräsidenten der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen, Wolfgang Böhmer und Georg Milbradt, teil sowie die Landesvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, Eckhardt Rehberg und Jörg Schönbohm.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Proftittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Öffnungsklauseln für Arbeit und Wirtschaft

AUSGANGSLAGE: Die Schere zwischen Ost und West geht immer weiter auseinander:

Das wirtschaftliche Wachstum Ostdeutschlands bleibt hinter der Entwicklung in Westdeutschland zurück. Erstmals seit der Wiedervereinigung war das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands im Jahr 2001 mit $-0,1\%$ sogar rückläufig. Die Arbeitslosigkeit im Osten ist seit 1999 gestiegen und erreichte im Juni 2002 den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. In vielen wachstumsrelevanten Schlüsselkriterien ist der Rückstand zum Westen nach wie vor viel zu groß:

- In Ostdeutschland gibt es zu wenige Unternehmen und Unternehmer. Im Jahr 2001 waren im Osten $8,5\%$ der Erwerbstätigen selbstständig, im Westen dagegen $10,1\%$.

- Die Dynamik der Existenzgründungen ist seit 1999 rückläufig. Im Jahr 2000 ist die Zahl der Gründungen in Ostdeutschland um $3,5\%$ gesunken.

- Bei Patentanmeldungen belegen die ostdeutschen Länder noch immer hintere Plätze.

Aufschwung braucht neue wirtschaftliche Dynamik! Wertvolle Impulse kann neben der Schaffung der notwendigen Infrastruktur auch der beschleunigte Abbau von Regulierungen, die sich hemmend auf die wirtschaftliche Aktivität auswirken, geben. Ostdeutsche Unternehmen benötigen verbesserte Rahmenbedingungen, um international wettbewerbsfähig zu sein und eigenverantwortlich, flexibel und ergebnisorientiert zu handeln. Vorhandene Unternehmen müssen gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

MASSNAHMEN: Mehr Freiheit für eigene Wege kann Unternehmensansiedelungen und Investitionen in Ostdeutschland gezielt fördern. Die folgenden Maßnahmen zur Beschleunigung von Investitionen in die Infrastruktur und von Erleichterungen für Unternehmer und Existenzgründer sollen gemeinsam mit den im Regierungsprogramm von CDU/CSU beschriebenen Maßnahmen und den Konzepten der „Offensive

2002“ neue, positive Impulse für den Osten geben.

1. Beschleunigung von Investitionen in die Infrastruktur

- Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz soll in den ostdeutschen Ländern über 2004 hinaus gelten.

- Aussetzung von Verbandsklagerechten gegen Planfeststellungsbeschlüsse für Verkehrswege, wenn keine konkrete Rechtsverletzung vorliegt. Dadurch schnellere Handlungsmöglichkeiten.

- Planungssicherheit bei Genehmigungsverfahren: Planfeststellungsbeschlüsse sollen in ostdeutschen Ländern generell nicht nur 5, sondern 10 Jahre gelten.

- Beschleunigung von Bauinvestitionen: Wiedereinführung eines Gesetzes zur Beschränkung von Rechtsmitteln in der Verwaltungsgerichtsbarkeit für die ostdeutschen Länder (das sich beim zügigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bewährt hat, von der Bundesregierung 2001 aber

abgeschafft wurde). Widersprüche und Anfechtungsklagen hätten dann keine aufschiebende Wirkung.

■ Beschleunigung des Stadtumbaus Ost durch Erleichterung der sog. Verwertungskündigung zum Zweck des „Stadtumbaus“ in Ostdeutschland (bisher nur in Westdeutschland zulässig). Außerdem keine Grunderwerbsteuer bei der Fusion von Wohnungsunternehmen: dadurch sinnvolle Konsolidierung der Wohnungsbestände in den Kommunen. Förderung des Erwerbs aus dem sanierungswürdigen Bestand nach dem Eigenheimzulagengesetz genauso wie der Erwerb von neu geschaffenen Wohnraum.

2. Erleichterungen für Unternehmer und Existenzgründer

■ Mehr Chancen für Einstellungen in Deutschland (Änderung von Vorschriften befristet auf die nächste Legislaturperiode):

- ▶ Keine zeitliche Befristung bei der Arbeitnehmerüberlassung für Zeitarbeitsunternehmen mit Sitz in Ostdeutschland.
- ▶ Befristete Arbeitsverträge sollen in Ostdeutschland bis zur Dauer von vier Jah-

ren abgeschlossen werden können. Bereits ab Vollendung des 50. Lebensjahres (nicht erst ab 58) sollen Arbeitsverträge befristet werden können. Dadurch Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von älteren oder weniger gut qualifizierten Arbeitslosen.

- Erleichterung von Existenzgründungen (befristet auf die nächste Legislaturperiode):
 - ▶ Aussetzen der betriebsverfassungsrechtlichen Pflichten in den ersten 4 Jahren.
 - ▶ Erste Gewinne, die für Investitionen und Neueinstellungen benötigt werden, sollen im Unternehmen verbleiben. Deshalb Halbierung der Steuervorauszahlungen.
 - ▶ Senkung der Kfz-Steuer für gewerbliche Nutzfahrzeuge auf den EU-Mindestsatz.
 - ▶ Erleichterungen bei Stati-

stikpflichten, bei Kammerbeiträgen sowie bei Öffnungs- und Ermessensklauseln in der Existenzgründerphase (Bau-nutzung, Bauplanung, Betriebsstättenverordnung).

- ▶ Sonderkündigungstatbestände für gewerblich genutzte Immobilien.

■ Unternehmern eine zweite Chance geben: Wer scheitert, soll schnell eine zweite Chance bekommen. Deshalb soll der Antrag auf Restschuldbefreiung bereits nach 3 Jahren (bisher 6 Jahre) gegen Besserschein für die Gläubiger möglich sein.

■ Umsatzsteuer: Ausweitung der Ist-Besteuerung in der Umsatzsteuer auf Unternehmen bis zu 2,5 Millionen Euro Umsatz pro Jahr, dadurch Verbesserung der Liquidität von kleinen und mittleren Unternehmen.

UNTAUGLICH ist nach Meinung des Mainzer Wirtschaftswissenschaftlers **Rolf Peffkoven** der Vorschlag der Hartz-Kommission zur Mobilisierung von privatem Kapital, um im Osten neue Jobs zu schaffen: „Der Mangel an Finanzmitteln ist nicht das entscheidende Investitionshemmnis in den neuen Bundesländern, sondern Mängel in der Infrastruktur, schleppende Genehmigungsverfahren und mangelnde Aufträge für die Betriebe.“ Insofern könne die Rechnung von Hartz, nach der sich in Ostdeutschland rund eine Million neue Arbeitsplätze schaffen lassen, nicht aufgehen.

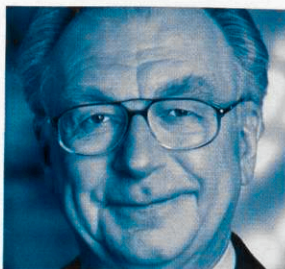
LOTHAR SPÄTH:

Schröder sollte jetzt wenigstens die CDU-Vorschläge verwirklichen

Die jetzt bekannt gewordenen Konjunkturzahlen machen deutlich, dass die Gefahr wächst, dass sich nicht nur die konjunkturelle Verbesserung verschiebt, sondern ernsthafte Probleme auf die deutsche Wirtschaft zukommen.

Diese gefährden besonders den kleinen Mittelstand und die ohnehin schon existenzgefährdeten Unternehmen in den neuen Bundesländern.

So sind beispielsweise die Bauaufträge um 9 Prozent, die Umsätze im Einzelhandel um knapp ein Prozent gesunken und ging die Inlandsnachfrage um 1,9 Prozent zurück. Gleichzeitig stieg die Zahl der Ar-



beitslosen auf über vier Millionen. Aus diesen Gründen muss der Bundeskanzler jetzt alle Vorbereitungen treffen, dass das vom Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber und Lothar Späth vorgeschlagene Investitionsprogramm für Gründer und kleine Bau-Unternehmen von zwei Milliarden Euro umgesetzt wird.

Die Hoffnung, die US-Konjunktur werde die Sache

schon richten, wird durch die neuesten Zahlen aus den Vereinigten Staaten widerlegt. Die Erklärung von Bundeswirtschaftsminister Müller, Deutschland altere dynamisch und könne deshalb für die konjunkturelle Verbesserung nichts tun, hilft niemand.

Immer nur ein neues Kaninchen präsentiert

Jetzt steht die Bundesregierung hilflos, schweigend und mit ruhiger Hand da und hofft, dass die Hartz-Kommission wenigstens aufzeigt, was Rot-Grün in den letzten vier Jahren zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation hätte tun sollen. Doch statt klare Konzepte zu präsentieren, verwandelt sich die Hartz-Kommission zu einer Dauerzüchtungsveranstaltung, bei der immer wieder ein neues Kaninchen präsentiert wird.

Jetzt soll Schröder wenigstens die CDU-Vorschläge verwirklichen, damit die drohende Pleitewelle nicht noch mehr Existenzen in Deutschland gefährdet.

UD

JOB FLOATER

heißt jetzt das neue Wunderwort. Es handelt sich dabei wieder um einen so bombastisch klingenden Vorschlag der Hartz-Kommission, der nur „vom totalen Versagen des Bundeskanzlers ablenken soll“, der den Aufbau Ost einmal zur Chefsache erklärt hat. **Dietrich Austermann**, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Damit degeneriert die Hartz-Kommission endgültig zur Hilfstruppe des SPD-Wahlkampfes. Schröders Kalkül: Gebrochene Versprechen macht man am besten dadurch vergessen, dass man beim nächsten Mal noch mehr verspricht.“

Peter Rauen: Wir brauchen dringend eine **Politikwende**

Foto: Bernd Leonhardt



Mit einem Mittelstandskongress haben in Gera MIT (Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU/CSU) und MU (Mittelstandsunion der CSU) am 1. August die heiße Wahlkampfphase gestartet. Das Zukunftsforum „Neue Perspektive für den Mittelstand“ dient als zentraler Wahlkampfauftakt und Auftakt für die Kampagne „Mittelstand für Stoiber“.

Neben dem Bundesvorsitzenden der MIT, Peter Rauen, und dem Vorsitzenden MU, Hans Michelbach, nahmen nach einer Pressekonferenz am Vormittag, auf der sie das Papier „Vorfahrt für den Aufschwung Ost“ vorstellten, Kanzlerkandidat **Edmund Stoiber** und der designierte Wirtschaftsmini-

ster eines Kanzlers Stoibers Stoiber, **Lothar Späth**, an der Veranstaltung teil.

Inhaltlicher Schwerpunkt des Kongresses: Fragen der Mittelstandsfinanzierung und der Arbeitsmarktflexibilisierung. Beide Themen wurden in Podiumsdiskussionen mit Experten aus Wirtschaft und Politik behandelt.

Es geht ums Ganze

MIT-Bundesvorsitzender Peter Rauen: „Rot-Grün hat den Mittelstand in den Ruin getrieben. Im letzten Jahr haben 33 000 mittelständische Unternehmen Konkurs angemeldet; für dieses Jahr erwarten wir den Konkurs von 40 000. Wohin ich auch immer als Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung komme, ob nach Hamburg, München, oder

hier nach Gera, überall muss ich mich der grauenhaften Erkenntnis stellen, dass zurzeit viele mittelständische Unternehmen Insolvenz anmelden müssen.

Wir brauchen daher dringend eine Politikwende. Eine Steuerreform, die den Arbeitnehmer nicht in die Nähe des Spitzensteuersatzes bringt, ist ebenso dringend nötig wie eine Deregulierung des Arbeitsmarktes, die wieder Luft durch ganz Deutschland bläst, damit hier wieder mehr geleistet wird, mehr Wirtschaftswachstum kommt und damit auch Reformen finanziert werden können.“

„Für den Mittelstand geht es daher am 22. September ums Ganze. Im Gegensatz zu Schröder setzen wir nicht auf Show, sondern auf Inhalte.“ so MU-Vorsitzender Michelbach. „Die programmatische Vorarbeit hierzu steht. Die Mittelstandsunion hat beispielsweise auf ihrer letzten Landesversammlung die Einrichtung eines *Bürokratie-TÜV* gefordert, der alle bürokratischen Hemmnisse auf den Prüfstand stellen soll.“ **UD**

FRAUENPOWER FÜR STOIBER

Demonstration für den politischen Wechsel am 22. September

„Frauenstimmen zählen, wir werden Stoiber wählen!“ hallte es gewaltig durch die Ludwigshafener Innenstadt. Frauen aus ganz Deutschland waren am 3. August dem Aufruf der Frauen-Unionen der CDU und der CSU gefolgt und demonstrierten für den politischen Wechsel bei der Bundestagswahl am 22. September.

Die Farbe Magenta beherrschte die Stadt. Unzählige Plakate, Luftballons, Halstücher und FU-Basecaps zeigten „Frauenpower für Stoiber“. Spruchbänder forderten eine bessere Politik für Frauen, mehr Arbeitsplätze und Priorität für Familien ein. „Frauen entscheiden die Wahl, Frauen wollen eine bessere Politik für Deutschland, Frauen unterstützen Edmund Stoiber“, rief dann auch die Vorsitzende der Frauen-Union der CDU, Maria Böhmer, die zusammen mit der Vorsitzenden der Frauen-Union der CSU, Maria Eichhorn, diese zentrale Wahlkampfveranstaltung für Frauen ins Leben gerufen hatte, den Teilnehmerinnen zu.

Gleichberechtigung im Beruf, eine betriebliche Altersvorsorge, die Frauen nicht

benachteilige, eine Politik gegen Altersarmut von Frauen und die Bekämpfung der Armut von Kindern seien politische Ziele, die es zu verwirklichen gelte. Auch Maria Eichhorn war sich sicher: „Frauen wollen den Wechsel!“ Die Frauen seien von Rot-Grün enttäuscht. So habe etwa die vermurkste Reform der 630-Mark-Jobs zu mehr Bürokratie und Schwarzarbeit, jedoch nicht zu mehr sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Frauen geführt.

Talkrunden mit Stoiber

Über 2000 Bürgerinnen und Bürger trafen sich im Anschluss an die Demo zum großen Sommerfest der Frauen-Unionen mit Musik



der Frauen-Jazzband „Venus Brass“ und mit dem Frauenkabarett „Die Schrägschrauben“. Kanzlerkandidat Edmund Stoiber hatte die Einladung der Frauen-Unionen angenommen und reiste mit Frau Karin und Tochter Veronica nach Ludwigshafen. Zusammen mit Katharina Reiche, in Stoibers Kompetenzteam zuständig für Familie, Frauen und Jugend, diskutierte er in Talkrunden mit Frauen aus ganz Deutschland und spannte den Bogen von der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik bis hin zur Frauen- und Familienpolitik. Deutschland müsse endlich wieder familienfreundlich werden, forderte Stoiber. Es sei ihm ein zentrales Anliegen, Kinder und Jugendliche künftig stärker zu fördern. **UD**

Edmund Stoiber **schliesst** Steuererhöhungen kategorisch **aus**

In einem Interview mit der *Ostseezeitung* in Rostock vom 1. August erklärte der Kanzlerkandidat von CDU und CSU, Edmund Stoiber, warum er es gut verstehen kann, dass die Menschen in den neuen Bundesländern von der rot-grünen Regierungspolitik enttäuscht sind. Anhand konkreter Maßnahmen machte Stoiber Reinhard Zweigler gegenüber deutlich, warum er sicher ist, dass die Union über die bessere Strategie für den „Aufbau Ost“ verfügt.

Der Bundeskanzler hat den Aufbau Ost zur Chefsache erklärt ...

Edmund Stoiber: ... und hat damit Erwartungen geweckt, die er nicht eingelöst hat. Unter diesem Bundeskanzler sind die neuen Länder nicht so vorangekommen, wie es möglich gewesen wäre. Und ich kann die Enttäuschungen der Menschen gut verstehen. Die Menschen in Rostock oder Leipzig sind nicht weniger engagiert als die in München oder Stuttgart. Sie haben ein hohes Maß an Flexibilität, an Bereitschaft zur Veränderung entwickelt, von dem auch der Westen



lernen kann. Aber die Wirtschaft in den neuen Ländern arbeitet unter viel schwierigeren Rahmenbedingungen, und deshalb müssen wir sie stärker unterstützen. Zum Beispiel werden wir eine Milliarde Euro für kommunale Investitionen zur Verfügung stellen. Ebenso viel werden wir in ein Sonderförderprogramm für Existenzgründer und Innovationen stecken. Es wird zudem Experimentier- und Öffnungsklauseln geben, die Existenzgründern den Start erleichtern werden.

Trotzdem klagt Bayern gegen den Risikoausgleich der Krankenkassen. Hätte die Klage Erfolg, würden die Beiträge im Osten steigen?

Edmund Stoiber: Das gehört zu den wahrheitswidrigen Unterstellungen der SPD. Wir wollen den Struk-

turausgleich der Kassen nicht abschaffen. Aber wir brauchen einen gerechteren und einfacheren Ausgleich zwischen den Kassen. Als Bundeskanzler werde ich ein Gesetz vorlegen, das sicher stellt, dass die unterschiedlichen Risikostrukturen nicht zu höheren Beiträgen im Osten wie im Westen führen. Das bedeutet, dass wir auch in Zukunft das geringere Beitragsaufkommen der Ost-Krankenkassen aufgrund höherer Arbeitslosigkeit und geringerer Löhne ausgleichen.

Sie versprechen in Ihrem Regierungsprogramm zehn Milliarden für Niedriglohn-Jobs, Kommunen, Aufbau Ost. Woher nehmen Sie das Geld?

Edmund Stoiber: Gegenfrage: Glauben Sie, es ist einfacher, die hohe Arbeitslosigkeit zu finanzieren? Allein der von Schröder versprochene und nicht eingehaltene Abbau der Arbeitslosenzahlen um 500 000 kostet elf Milliarden Euro. Oder woher nimmt Herr Schröder das Geld für die Ganztagschulen? Wir werden unser Programm durch mehr Wachstum und damit

durch höhere Steuereinnahmen, durch Umschichtungen im Bundeshaushalt, durch Einsparungen bei der Bundesanstalt für Arbeit und durch Rückflüsse aus der EU finanzieren können. Es muss in jedem Fall erlaubt sein, auch einmal über politische Innovationen zu diskutieren, ohne dass gleich jeder neue Ansatz mit dem Totschlag-Argument „Das können wir nicht finanzieren“ im Keim erstickt wird. Nach der Bundestagswahl brauchen wir zuerst einmal einen Kassensturz.

Sie haben aber noch keinen Kassensturz. Können Sie dann Steuererhöhungen nach der Wahl ausschließen?

Edmund Stoiber: Das schließe ich absolut aus. Denn wer die Steuern erhöht, der vernichtet weitere Arbeitsplätze. Der für Juli/August vorhergesagte Aufschwung verschiebt sich weiter nach hinten. Wer in dieser Situation über Steuererhöhungen nachdenkt, verdüstert die Stimmung bei den Unternehmen weiter und verhindert dringend notwendige Investitionen.

Sind Sie deshalb auch nicht mutig genug, den Wählern klar zu sagen, auf welche Marke Sie die Arbeitslosenzahlen senken wollen?

Edmund Stoiber: Es wäre nicht seriös, den Menschen Versprechen zu machen. Wir werden die Rahmenbedingungen entscheidend verbessern. Aber die Arbeitsplätze können nur die Unternehmen schaffen. Im Rahmen unserer „Offensive 2002 – Aufschwung für Arbeit“ nehmen wir uns vor, die Zahl der Selbstständigen um mehr als 10 000 zu steigern, was an die 100 000 neue Arbeitsplätze bringen würde. Außerdem haben wir uns als Zielmarke gesetzt, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um mehr als ein Prozent zu senken.

Mitte August will der Kanzler mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission punkten. Sind Sie vorbereitet?

Edmund Stoiber: Die Hartz-Kommission ist für mich eine Selbstfindungstruppe. Täglich gibt es neue Vorschläge, und niemand weiß, woran er nun wirklich ist. Hört man die Vorschläge, könnte man Herrn Hartz für den genialen Erfinder der Null-Arbeitslosigkeit halten.


Der Bundeskanzler wirft Ihnen vor, wenn Sie die Staatsquote von derzeit 48,5 auf 40 Prozent drücken wollen, verliere die öffentliche Hand 170 Milliarden

Euro an Einnahmen. Damit würde der Staat handlungsunfähig?

Edmund Stoiber: Dieser Vorwurf ist lächerlich, wenn man bedenkt, dass Herr Schröder vor drei Jahren selbst eine solche Absenkung der Staatsquote gefordert hat. Aber auch in der Sache ist er unberechtigt. Erstens wollen wir dieses Ziel nicht von heute auf morgen, sondern innerhalb einiger Jahre erzielen. Zweitens schaffen wir mit unserem Programm mehr Wachstum und Beschäftigung und damit mehr Einnahmen. Wir wollen den Menschen mehr Geld in der Tasche lassen. Ein Prozent Senkung der Staatsquote bedeutet rund 21 Milliarden Euro mehr in den Portmonees.

In Umfragen liegt die Union weit vorne. Da können Sie dem 22.

September beruhigt entgegen blicken, oder?

Edmund Stoiber: Nein! Wahlen werden erst in den letzten Wochen entschieden. Bis zum 22. September werden wir kämpfen, denn wir wollen die Bürgerinnen und Bürger überzeugen, dass wir nicht nur die besseren Konzepte, sondern auch die kompetentere Mannschaft haben. Ich habe eine Mannschaft, und Schröder, der steht alleine. 

WOLFGANG BOSBACH:

Will die SPD jetzt auch noch die Pressefreiheit einschränken?

Die Bonusmeilen-Affäre ist nach Meinung von Wolfgang Bosbach im Begriff, sich zur SPD-Affäre auszuweiten.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion forderte Bundeskanzler Gerhard Schröder zu einer Erklärung auf, ob sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Ludwig Stiegler mit seiner Forderung nach Einschränkung der Pressefreiheit vergaloppiert habe oder ob das Medienrecht tatsächlich geändert werden solle.

Die Strafanzeige von SPD-Generalsekretär Franz Müntefering gegen die



Bild-Zeitung nannte Bosbach „völlig überzogen und ein reines Ablenkungsmanöver“. Es sei ein einmaliger Vorgang, dass kritische Berichte über Verfehlungen einiger rot-grüner Abgeordneter zum Anlass genommen würden, eine Änderung des Medienrechts zu fordern.

Bosbach: „Als im Zuge der CDU-Spendenaffäre aus originalen Ermittlungsakten wortwörtlich zitiert wurde, hat die SPD das nicht gefordert.“ Wenn sie die Forderung jetzt erhebe, sei das der Beweis, dass sie bereit sei, das Presserecht einzuschränken, um unliebsame Berichterstattung über Politiker der Koalition zu verhindern.

Früher habe man die Überbringer schlechter Nachrichten geköpft. Die Forderungen der SPD legten nahe, dass sie zu diesem archaischen Prinzip zurückkehren wolle, allerdings „mit verfeinerten Methoden“.

DAS KÖNNTE SPD-Generalsekretär Müntefering so passen. ■ Er verklagt die „Bild“-Zeitung und schiebt den Schwarzen Peter in der Affäre um die fliegenden Abgeordneten Journalisten zu. ■ Die Presse lässt sich vielleicht ein wenig einschüchtern. ■ Und die Justiz entscheidet ohnehin erst, wenn sich niemand mehr an den Zirkus erinnern kann. Nur:

Diese Rechnung geht nicht auf. Der Aufstand der Chefredakteure macht deutlich, dass hier mehr auf dem Spiel steht als der Ruf einer Zeitung.

Sächsische Zeitung

SO GANZ allmählich wird aus dem Glaubwürdigkeitsproblem, das einige Politiker mit der Abrechnung ihrer Bonusmeilen bekommen haben, doch

noch eine Staatsaffäre. Der SPD-Generalsekretär will die Frage, ob der Datenschutz auch für Bundestagsabgeordnete gelte, nun gerichtlich klären lassen. Dass gerade er nun nach dem Staatsanwalt ruft und den Kampagnenjournalismus mit Rundumschlägen eindeckt, verrät viel über die Nervosität des Generalsekretärs.

Frankfurter Allgemeine

GENERALSEKRETÄR
LAURENZ MEYER:

Hartz-Vorschläge
sind reine **Panik-**
reaktion



„Dem Wähler wird Sand in die Augen gestreut.“ Mit diesen Worten hat Ge-

neralsekretär Laurenz Meyer die mit dem so genannten „Job Floater“ vorgeschlagene anleihefinanzierte Geldspritze kritisiert, die in den neuen Ländern neue Arbeitsplätze schaffen soll.

Die Hartz-Vorschläge seien „Luftballons, mit denen darüber hinweggetäuscht werden soll, dass vier Jahre lang nichts unternommen wurde“. Die Probleme in Ostdeutschland seien auf fehlende wirtschaftliche Nachfrage, auf die falsche Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung und auf einen völlig unflexiblen Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Wir brauchen statt dessen eine Arbeitsmarktpolitik, in der Wirtschaftspolitik, Finanz- und Sozialpolitik Teile eines Gesamtkonzepts sind. Wir haben dieses Konzept, und wir werden es nach der Wahl umsetzen.

ARGUMENTE ZUM KÜNDIGUNGSSCHUTZ

Wir werden die Einstellungsbedingungen für Arbeit-suchende **erleichtern**

In Stellungnahmen der SPD wird zunehmend behauptet, die Union wolle den Kündigungsschutz für die Arbeitnehmer außer Kraft setzen. Dabei handelt es sich um eine glatte Lüge.

In unserem Regierungsprogramm finden sich keinerlei Vorschläge zur Veränderung des Kündigungsschutzes für bestehende Arbeitsverhältnisse. Unser Regierungsprogramm beinhaltet vielmehr eine Reihe von Vorschlägen, um Einstellungsbedingungen für Menschen, die Arbeit suchen, zu verbessern.

Rahmenbedingungen für Leih- und Zeitarbeit verbessern

Wir werden die Einstellungsbedingungen für Arbeit-suchende entbürokratisieren und erleichtern. Dazu gehört, dass wir eine flexiblere Personalpolitik durch verbesserte Rahmenbedingungen für Leiharbeit und Zeitarbeit er-

möglichen. Besonders schwer haben es ältere Arbeit-suchende – auch bei guter Qualifikation –, den Wiedereinstieg zu bewältigen. Deshalb werden wir unser Optionsmodell einführen.

Wahlweise Zusicherung einer Abfindung

Damit eröffnen wir den älteren Arbeitslosen die Möglichkeit, sich bei Abschluss eines neuen Arbeitsvertrages wahlweise eine Abfindung zusichern zu lassen oder sich für die bestehenden Kündigungs-schutzregelungen zu entscheiden.

Insbesondere den Erfolg dieses Optionsmodells für ältere Arbeitslose werden wir sorgfältig beobachten, um eine solide Entscheidungsgrundlage zu haben, ob mit diesem Modell auch zusätzliche Beschäftigungschancen z. B. für die Gruppe der Langzeitarbeitslosen entstehen können.

ANNETTE WIDMANN-MAUZ:

Taten statt Zwangsmaßnahmen für die Gleichberechtigung

Zu den Forderungen des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer nach einem Gesetz, das für die Unternehmen Frauenquoten vorschreiben soll, erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die DGB-Forderung wird durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgelehnt. Will der Deutsche Gewerkschaftsbund etwa mit Forderungen nach neuen Zwangsmaßnahmen zu Lasten der Wirtschaft von den unerledigten wirtschafts-, arbeitsmarkt- und frauenpolitischen Hausaufgaben der rot-grünen Bundesregierung ablenken und über die wahren Probleme in Deutschland hinweg täuschen?

Dieser Verdacht liegt nahe, denn entgegen allen Versprechungen konnte die rot-grüne Bundesregierung den Anteil der Frauen in Top-Positionen nicht steigern. Im Gegenteil: Die katastrophale arbeitsmarktpolitische Lage läßt sinnvolle und wichtige gleichstellungspolitische Ansätze auf dem Arbeitsmarkt im Keim ersticken. Die Stagnation



der deutschen Wirtschaft aufgrund der unausgeglichene Politik der Bundesregierung geht einher mit der Stagnation des Anteils von Frauen in Führungspositionen in Deutschland auf 4 %.

Und auch die Gewerkschaften sind in dieser Legislaturperiode frauenpolitisch abgetaucht. Es gab keine frauenrelevanten Initiativen beim Bündnis für Arbeit und im Bereich der Tarifverträge. Keine Kritik an den für Frauen beschäftigungshemmenden Maßnahmen der Bundesregierung, wie z. B. der Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit von Haushaltshilfen, war von den Gewerkschaften vernehmbar. Ohne Murren wurde die Abschaffung des Haushaltsfreibetrages für Alleinerziehende hingenommen, und keine Kon-

zepte zur Verbesserung des Wiedereinstiegs in den Beruf für Frauen wurden vorgelegt.

Mit der Diskussion um ein Gesetz zur Gleichstellung für die Privatwirtschaft wurden von Seiten der Bundesregierung hoffnungsvolle Ansätze in Unternehmen wieder zunichte gemacht. Mit einer Politik, die den Mittelstand schröpft und nicht fördert, hat Schröder wichtige beschäftigungspolitische Impulse verspielt. Mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber einer effektiven Frauenpolitik konnte durch Ministerin Bergmann nichts für Frauen auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden.

Selbstverständlich müssen die Unternehmen ihren Teil zum Gelingen der Gleichstellung der Frauen in der Wirtschaft beitragen. Dies wird den Unternehmen in Zukunft leichter fallen – ohne Zwang und mit einer unionsgeführten Bundesregierung, die sich für eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik einsetzt, die Deutschland wieder nach vorn bringen wird.

UD

HORST SEEHOFER UND
WOLFGANG LOHMANN:

Untauglicher

Versuch, Wähler-
stimmen zu fangen

Zur Ankündigung der Bundesregierung, in der nächsten Legislaturperiode eine Patienten-Charta vorzulegen, erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und deren gesundheitspolitischer Sprecher:

Bundesgesundheitsministerin Schmidt schwimmen die Felle davon. Nur so ist zu erklären, dass sie sich jetzt wieder an den Wahltermin erinnert und Placebo-Aktivitäten zelebriert.

Den Patienten fehlt aber der Glaube oder genauer gesagt das Vertrauen in die Politik von Rot-Grün. Rot-Grün hat in dieser Legislaturperiode die Interessen von Patienten massiv vernachlässigt. Das wichtigste Recht der Patienten, nämlich das Recht auf eine medizinisch notwendige und dem Stand wissenschaftlicher Erkenntnis gemäße Behandlung, hat die rot-grüne Bundesregierung den Patientinnen und Patienten durch ihr Festhalten an den Budgets vorenthalten. Inzwischen haben wir in

Deutschland eine Zweiklassen-Medizin. Bundesgesundheitsministerin Schmidt hat die Versorgungssituation schön geredet und die Probleme der Patienten ignoriert.

Eine Stärkung der Patientenrechte, des Patientenschutzes und der Qualitätssicherung waren Bürgerinnen und Bürgern bereits am 20. Oktober 1998 in der Koalitionsvereinbarung in Aussicht gestellt worden. Nachdem unter grüner Ägide im Bundesministerium für Gesundheit noch an diesem Projekt gearbeitet wurde, „dümpelte“ es bei Frau Schmidt vor sich hin.

KLAUS LIPPOLD:

**Autobahnengpässe
durch Versagen
rot-grüner
Verkehrspolitik**

Zur Erhebung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages zum katastrophalen Zustand des deutschen Autobahnnetzes erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Erhebung zeigt: Fast 15 Prozent des Autobahnnetzes in Deutschland stehen vor dem Infarkt – traurig-

ger Beweis für das Versagen rot-grüner Verkehrspolitik.

Vier Jahre lang herrschte völlige Unklarheit in der Bundesverkehrspolitik: Es gibt keine transparente Verkehrswegeplanung und keine Investitionssicherheit. Statt dessen wurde und wird mit Kurzfristprogrammen Engagement im Verkehrswegebau lediglich vorgetäuscht. Von dem mit großem Paukenschlag angekündigten Anti-Stau-Programm ist im Haushaltsentwurf 2003 nichts übrig geblieben.

Es muss jetzt Schluss sein mit solch unzuverlässigen Finanzrahmendaten. Es muss zuverlässige Grundlagen geben für den Bau von Straßen- und Schieneninfrastruktur. Staus auf Autobahnen sind nicht nur im Alltag ärgerlich, sondern ruinieren die Volkswirtschaft und gefährden die Standortqualität. Angesichts der anstehenden EU-Osterweiterung ist eine Stagnation im Verkehrswegebau erst recht unverantwortlich.

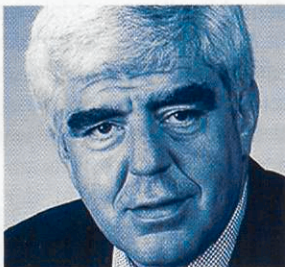
Deutschland braucht in der Verkehrspolitik klare Perspektiven. Die Union wird die Beseitigung der Schwachstellen und Engpässe in unserer Verkehrsinfrastruktur nach der Wahl am 22. September unverzüglich angehen.

UD

PAUL BREUER:

Struck und Penner sind Meister der Beschwichtigung und Verbrämung

Zu Äußerungen von Verteidigungsminister Peter Struck und dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags, Willfried Penner, über die starke Zunahme von Beschwerden durch Bundeswehrsoldaten, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:



Unzufriedenheit und Verunsicherung haben bei den Soldaten und zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr stark zugenommen. Nach dem sog. „Löchel-Bericht“ erreicht die Bundesregierung ein weiteres alarmierendes Signal über den inneren Zustand der Streitkräfte. Struck und Penner gefallen sich demgegenüber offenbar in der Rolle der Meister der Beschwichtigung und Verharmlosung.

Die Soldaten sind es einfach leid

Die neuerliche Beschwerdewelle hat nicht nur mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu tun. Bereits seit Anfang der 90er

Jahre befindet sich die Bundeswehr in Auslandseinsätzen, unter Rot-Grün mit weiter wachsender Tendenz. Die Soldaten sind es einfach leid, dass man ihnen nicht wirklich zuhört, ihre Probleme nicht ernst nimmt und nach tragfähigen Lösungen sucht. Sie sind zu Recht enttäuscht, weil die rot-grünen Versprechungen vor allem im Bereich der Attraktivität bis heute bei vielen nicht angekommen sind. Versprechen vor der Wahl sind von Rot-Grün nicht eingehalten worden. Bürokratische Entscheidungen, vor allem bei der Senkung von Auslandszuschlägen, führten zu erheblichen Unmut.

Struck verlor wie sein Vorgänger kein Wort über die zu ziehenden Konsequenzen aus den vorliegenden Befunden. Kein Wort

über eine Sofort-Therapie und über durchschlagende Abhilfemaßnahmen. Wie schon nach dem „Löchel-Bericht“ werden die tiefgreifenden Probleme der Truppe durch den Verteidigungsminister ignoriert oder schöngeredet. Negativschlagzeilen passen vor allem in Wahlkampfzeiten nicht in die rot-grüne Schönwetterpolitik.

Sinkende Motivation

Rot-Grün trägt die Verantwortung für schlechter werdende Moral und sinkende Motivation in der Bundeswehr. Auch der neue Verteidigungsminister fordert nicht die dringend benötigten zusätzlichen Finanzmittel und bietet den Soldaten keine ermutigende Perspektive. Es soll alles beim Alten bleiben, obwohl dringende strategische Entscheidungen für die Bundeswehr schnell gefällt werden müssen. Mit seiner geplanten „Sommertournee“ wird Struck die Probleme jedenfalls nicht lösen – das wissen auch die Soldaten sehr genau.

UD

GERHARD FRIEDRICH:

Von Aufbruchstimmung, wie Rot-Grün sie versprochen hat, **keine Spur**

Anlässlich der Vorstellung der „Bilanz Bildungs- und Forschungspolitik 1998-2002 und Ausblick auf die 15. Legislaturperiode“ erklärte der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Bundesregierung hat ihr Haushaltsversprechen gebrochen und die Rahmenbedingungen für die Forschung verschlechtert. Es ist ihr nicht gelungen, in der deutschen Wissenschaftszene für Aufbruchstimmung zu sorgen. Im Wahlprogramm hatte die SPD noch eine „Verdoppelung der Investitionen in Bildung und Forschung“ und nach der Bundestagswahl eine jährliche Steigerung der Ausgaben für Bildung und Forschung um 1 Mrd. DM zugesagt. Berücksichtigt man noch die Sparmaßnahmen in anderen Ressorts, so hat der Bund in dieser Legislaturperiode die Ausgaben für Forschung und Entwicklung nur um magere 10 % erhöht, also mehr oder weniger die Geldentwertung ausgeglichen.

Gerade in den letzten Monaten vor der Bundestags-



wahl ist das Ansehen rot-grüner Forschungspolitik rapide gesunken. Rot-Grün hat Wissenschaft und Wirtschaft eine Flut zusätzlicher Vorschriften beschert, die die Freiheit von Wissenschaftlern eingeengt und (z.B. durch die Steuer-, Sozial- und Arbeitsgesetzgebung) Innovationen behindert hat.

Das Konzept der Bundesregierung zur Programmsteuerung der Großforschungseinrichtungen wird scheitern, weil Konflikte zwischen Programmverantwortlichen und Leitern der Einrichtungen vorprogrammiert sind und pauschal zugewiesene Mittel die Möglichkeit gewähren, weniger leistungsfähige Einheiten am Leben zu erhalten.

Das von der Bundesregierung eingeführte neue Dienstrecht für Hochschul-

professoren lehnen wir ab, weil die Grundgehälter so niedrig angesetzt sind, dass Spitzenwissenschaftler von einer Hochschullaufbahn abgeschreckt werden. Die faktische Abschaffung der Habilitation muss wegen der unterschiedlichen Fächerkulturen rückgängig gemacht werden. Die Entscheidung über die Erhebung von Studiengebühren muss wieder den Ländern, die Auswahl der Studierenden den Hochschulen überlassen werden.

Die Bundesregierung ist mit dem Versuch, die Studienförderung grundlegend zu reformieren, kläglich gescheitert. Auf Mehrkosten in Milliardenhöhe hatten wir schon vor 1998 vergeblich hingewiesen. Die Feststellung des Bundeskanzlers, die Familien hätten die bisherigen Leistungen des Familienleistungsausgleichs schon für die Finanzierung ihrer Eigenheime verplant, lag fachlich voll daneben und war für die zuständige Ministerin mehr als peinlich.

<http://>

Die vollständige Bilanz: www.cducsu.de

HARTMUT KOSCHYK:

Für Vertriebene und Aussiedler ist die Bundestagswahl eine **Richtungswahl**

Anlässlich der zentralen Kundgebung des Landesverbandes Bayern der Union der Vertriebenen (UdV) zur Bundestagswahl am 3. August in Nürnberg erklärte der vertriebenenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Für kaum eine Gruppe in Deutschland ist die Bundestagswahl am 22. September in dem Maße eine Richtungswahl wie für die deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler. Die vergangenen vier Jahre der rot-grünen Bundesregierung in Bonn und Berlin haben eines sehr deutlich gezeigt: Die deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler ließ die rot-grüne Bundesregierung einfach links liegen!

Bei keiner Parlaments-Initiative der CDU/CSU-Fraktion war die rot-grüne Koalitionsmehrheit in den letzten vier Jahren bereit, diese mitzutragen. Selbst privates und ehrenamtliches Engagement fanden keinerlei Würdigung. Selbst einer hochrangig besetzten, von einem prominenten Sozialdemokraten wie Prof. Dr.



Peter Glotz an entscheidender Stelle mitgetragenen Initiative wie der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, die viel privates Geld zusammengetragen und eine weithin anerkannte Konzeption vorgelegt hat, wurde seitens Rot-Grün die kalte Schulter gezeigt.

In den letzten 4 Jahren massive Kürzungen

Neben den deutschen Heimatvertriebenen mussten auch die Spätaussiedler feststellen, dass Rot-Grün über ihre Interessen einfach hinweg geht und entscheidet.

Das eigentliche Ziel des rot-grünen Zuwanderungsgesetzes ist es, den Spätaussiedlern einen Zuzug nach Deutschland so schwer wie möglich zu machen. Hinzu

traten in den letzten vier Jahren massive Kürzungen im Bereich der Hilfen für die deutschen Spätaussiedler. So wurde dieser Ansatz von über 1 Milliarde Euro im Jahre 1998 auf gerade einmal 650 Millionen Euro im Jahre 2002 gekürzt.

Leider hat es die rot-grüne Bundesregierung bis heute schlichtweg abgelehnt, über die Vertreibungsdekrete mit den Staaten, in denen sie noch Teil der Rechtsordnung sind, ins Gespräch zu kommen. So schickt sich die Bundesregierung an, auch den jüngsten Anlass für Gespräche mit der tschechischen Seite über die Benesch-Dekrete ungenutzt verstreichen zu lassen. Erst vor wenigen Tagen, am 19. Juli, erklärte der neue tschechische Außenminister Cyril Svoboda gegenüber dpa, mit Verweis auf die Benesch-Dekrete, seine vorsichtige Bereitschaft, „über diese Dinge zu diskutieren“. Es kann nicht sein, dass solche Signale der tschechischen Seite von deutscher Seite unbeantwortet bleiben.

Die Vertriebenen und

URSULA HEINEN:

Hilfsgelder für Palästinenser streng kontrollieren

Zur Entscheidung der EU-Kommission, 9,5 Millionen Euro an humanitärer Hilfe in den palästinensischen Autonomiegebieten bereit zu stellen, erklärte die zuständige Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die humanitäre Hilfe der Europäischen Union für die Menschen in den palästinensischen Autonomieregionen ist notwendig, um die Gesundheits- und Nahrungsmittelversorgung der palästinensischen Bevölkerung sicherzustellen. Projekte, die zur Verbesserung der humanitären Situation der palästinensischen Zivilbevölkerung gebraucht werden, benötigen auch weiterhin ausländische Unterstützung.

Gleichzeitig ist jedoch auch die Ankündigung der EU-Kommission zu begrüßen, den Einsatz europäischer Hilfsgelder durch die Palästinenser künftig schärfer zu kontrollieren. Es ist deshalb ein richtiger Schritt, Zahlungen ab sofort nicht mehr auflagenfrei, sondern unter strikter Verpflichtung zum Nachweis ihrer Verwendung zu leisten. Angesichts der anhaltenden terroristischen Aktivität vonseiten der Palästinenser ist es nur folgerichtig, dass sich die EU den Einsatz ihrer Hilfsgelder von der palästinensischen Autonomiebehörde detailliert dokumentieren lässt. Die EU-Kommission bleibt aufgefordert, Missbrauch konsequent zu ahnden.

tionen zugeflossen ist.“

Viel entscheidender aber noch ist, dass das Gutachten das Bestreben der Bundesregierung, die Organisationen und Kultureinrichtungen der Vertriebenen aus der Förderung nach § 96 auszuschließen, als Verstoß gegen das geltende Recht beanstandet. Wörtlich wird in

dem Gutachten ausgeführt: „Die Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers ist persönlich und sachlich auf die Vertriebenen samt ihren Organisationen beschränkt. Ihnen hat demnach auch in Zukunft nicht bloß ein Teil, sondern die gesamte Förderung nach § 96 BVFG zuzukommen.“

UD

ihre Organisationen haben in den letzten vier Jahren schmerzlich erfahren, was Vertriebenenkulturarbeit – verantwortet durch Rot-Grün – für sie bedeutet. So wurde der Mittelansatz für die Bundesförderung nach § 96 BVFG von 23 Millionen Euro im Jahre 1998 auf 16,5 Millionen Euro im Jahr 2002 abgesenkt. Für den Bundeshaushalt 2003 ist eine weitere Kürzung auf dann 15 Millionen Euro im Etatentwurf vorgesehen.

Die sogenannte Neukonzeption der Bundesregierung zur Kulturförderung nach § 96 BVFG aus dem Jahre 2000 ist für die Kulturschaffenden der Heimatvertriebenen zumeist zu einem „Schreckensbegriff“ geworden. Ein von Prof. Dr. Dr. Michael Silagi vom Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen erstelltes Rechtsgutachten beanstandet die Neukonzeption der rot-grünen Bundesregierung in allen entscheidenden Punkten. Es erklärt die Höhe der Gesamtförderung nach § 96 für nicht angemessen, wobei der Gutachter feststellt, dass eine angemessene Höhe der Gesamtförderung der Betrag wäre, der „von der Wende von 1989/90 bis zum Beginn der Neuordnung der Förderung den geförderten Insti-



Auf eine 50-jährige Mitgliedschaft blicken im Erftkreis acht Jubilare zurück. Vier von ihnen hat jetzt Kreisvorsitzender Michael Breuer öffentlich geehrt: „Sie haben viele Veränderungen in Deutschland miterlebt und mitgestaltet. Wir danken Ihnen dafür, für Ihr Engagement und für Ihre Treue zur Partei.“ Michael Breuer überreichte - auch im Namen der Parteivorsitzenden Angela Merkel - den Männern die Ehrenurkunden und die goldenen CDU-Ehrennadeln.

Die Brüder Dirk, Carsten, Marc und Olaf Bölling (von links nach rechts) sind auf dem 15. Parteitag in Frankfurt am Main Mitglied der CDU geworden. Kreisvorsitzender Ruprecht Polenz begrüßte die Brüder Bölling persönlich als Mitglieder der CDU Münster und freute sich über den „vierfachen Neuzugang“. „Zusammen mit einem weiteren Neumitglied hat die CDU Münster 50 Neuzugänge in diesem Jahr zu verzeichnen“, so Polenz zu dieser erfreulichen Mitgliederentwicklung.

Plädoyer für Rot-Grün **nicht ernst nehmen**

Zum Aufruf der IG Metall, am 22. September Rot-Grün zu wählen, erklärte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerald Weiß:

Während die DGB-Gewerkschaften sich bislang wenigstens noch bemü-

ten, dem Anspruch, Einheitsgewerkschaft zu sein, gerecht zu werden, ruft IG-Metall-Chefdenker Klaus Lang offen zur Wahl von Rot-Grün auf. Je näher der Wahltag rückt, umso mehr werden eigene Überzeugungen zugunsten blinder parteipoliti-

scher Gefolgschaft über Bord geworfen.

Man kann das gelassen zur Kenntnis nehmen. Umfragen zeigen, dass die Union – nach derzeitigem Stand – auch bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärkste politische Kraft würde.

Erstmals bei einer Bundestagswahl elektronische Briefwahlanträge

Für die Bundestagswahl am 22. September können Briefwahlanträge erstmals auch per E-Mail oder über das Internet gestellt werden.

Möglich macht dies eine Änderung des § 27 (Wahlscheinanträge) der Bundeswahlordnung vom Februar. Seither gilt die Schriftform auch dann gewahrt, wenn für den Antrag eine „E-Mail oder sonstige dokumentierbare Übermittlung in elektronischer Form“ verwendet wird.

Allerdings wird die neue Antragsregelung je nach Bundesland unterschiedlich angewendet. Im Stadtstaat Hamburg beispielsweise können Bürger ihre Briefwahlunterlagen vom 1. Au-

gust bis zum 18. September direkt unter der Internet-Adresse www.briefwahl.hamburg.de beantragen. Auch ist hier das Verfahren gar nicht so neu: Schon zur Bürgerschaftswahl im vergangenen Jahr hatte die Stadt die Wahlordnung dahingehend geändert und ihren Bürgern diesen Service angeboten. Insgesamt sollen damals mehr als 10.000 Wahlscheinanträge auf dem Online-Weg eingegangen sein.

In der Bundeshauptstadt Berlin stellt das Statistische Landesamt ab sofort den Bürgern unter www.statistik-berlin.de/wahlen ebenfalls einen elektronischen Briefwahlantrag im HTML-Format bereit. Die eingegebenen Daten werden bei Nutzung des Sicherheits-Servers verschlüsselt an die Geschäftsstelle des Landeswahlleiters geschickt und von dort an das zuständige Bezirkswahlamt weitergeleitet. Es ist aber auch möglich, eine

PDF-Datei des Briefwahlantrages zu bekommen und diesen dann wie bisher mit der Post zurückzusenden.

In Flächenstaaten wie Niedersachsen ist es hingegen Sache der Gemeinden, ob diese ihren Bürgern die Möglichkeit geben, Wahlscheine auch online zu beantragen. „Eigene E-Mail-Adressen für Wahlscheinanträge haben mittlerweile alle Städte und Gemeinden“, erläuterte Hannovers Wahlleiter Hubert Harfst im Gespräch mit *heise online*. „Dazu sind sie sogar verpflichtet.“ Aber nicht jede Gemeinde im Land sei auch im Internet präsent, daher könne es im Einzelfall schon vorkommen, dass Bürger auf den Online-Service verzichten müssen.

Kopfschmerzen bereitet Harfst aber eine ganz andere Sache: Bisher wurden die Briefwahlunterlagen nur nach persönlicher Vorsprache im Gemeindeamt oder aber gegen eine persönliche Unterschrift ausgegeben. „Jetzt hat man die rechtsgültige Unterschrift gegen eine digitale Signatur eingetauscht, die keine Gültigkeit hat. Das ist ein schlechtes Geschäft“, meint Harfst. **UD**

WENN DIE PDS in Folge des Gysi-Rücktritts unter der Fünf-Prozent-Hürde bleiben sollte, wäre das die sichere Mehrheit für eine schwarz-gelbe Koalition. In diesem Fall müssten nämlich nach Berechnung von Infratest-dimap Union und FDP für die absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag nur rund 46 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen und damit 2,5 Prozentpunkte weniger als bei einem Wiedereinzug der PDS ins Parlament.



BONUS-MEILEN

 Unsauber

Von wegen ruhige Sommerpause vor der heißen Wahlkampfphase: Innerhalb von zwei Wochen haben in Berlin drei prominente Politiker das vorzeitige Ende ihrer politischen Karriere erlebt. Für die ruhigen bundesrepublikanischen Verhältnisse ist dies einzigartig – vor allem weil alle drei über dasselbe Problem stolperten. Sie konnten Amt und Privatleben nicht sauber auseinander halten. Dass es mit Rudolf Scharping (SPD), Cem Özdemir (Grüne) und Gregor Gysi (PDS) drei Politiker eher „linker“ Parteien traf, ist dabei kein Zufall.

Handelsblatt

 Moral?

Dass der bekennende Marxist Gregor Gysi über die private Aneignung eines gesellschaftlichen Mehrwerts stürzt, hat eine poetische Gerechtigkeit. Man mag

darüber spekulieren, ob Gysi mit dem Schritt, der ihn noch im Abgang als Ehrenmann erscheinen lässt, jenem Tritt zuvorkommen wollte, den ihm als Ergebnis der Überprüfung durch die Birthler-Behörde das Berliner Abgeordnetenhaus ohnehin hätte verpassen müssen. Gysi erklärt jetzt, seine Meilen-Affäre sei eigentlich „kein Rücktrittsgrund, wenn man Moral in der Politik nicht jenseits der gesellschaftlichen Realitäten gelten lassen will“. Der als Entlastung gedachte Satz dient zur Entlarvung. Für ihn war ja die Anpassung an die jeweiligen gesellschaftlichen Realitäten immer wichtiger als die Moral. Die Welt

 Scheinheilig

Man reibt sich die Augen: Ausgerechnet die Grünen gehören zu den Bonusmeilen-Königen. Wie viele Bonusmeilen auch immer Umweltminister Trittin und Staatsminister Volmer dienstlich, also auf Steuerzahlerkosten, oder privaterflogen haben – entlarvend ist

die doppelte grüne Moral. Wir erinnern uns: Die Grünen wollten einmal die Inlandsflüge verbieten. Anspruch und Wirklichkeit: Die Grünen predigen scheinheilig Wasser und saufen selbst Wein – am liebsten aus der Bordbar der Lufthansa. Bild Zeitung

 Das Volk für dumm verkauft

Das Ärgerlichste an den Buß-Auftritten politischer Sünder sind die Ausreden, mit denen Cem Özdemir und Gregor Gysi vor das Volk getreten sind. Da hatte sich ein Bundestagsabgeordneter angeblich erst vom Finanzamt darauf aufmerksam machen lassen, dass seine Bezüge nicht „brutto für netto“ überwiesen werden, sondern der Steuerpflicht unterliegen. Da hat ein anderer Abgeordneter anscheinend seine Dienstreiseanträge nicht lesen können. Zusätzlich bekommen wir aus der PDS versichert, dass Gysi sich „nicht persönlich bereichert“ habe, weil er nicht selbst auf Steuerzahlerko-



sten in den Kuba-Urlaub geflogen sei, sondern nur seine Anverwandten. Solche Erklärungen schreien nach Einführung eines neuen Straftatbestands: Wer das Volk für dümmer hält, als die Polizei erlaubt, wird mit Stimmenzug nicht unter vier Jahren bestraft. Dafür braucht der Souverän glücklicherweise keinen Paragrafen.

FAZ

HARTZ

Geplatzer Testballon

Wenn es ein Testballon der Regierung war, dann ist er schnell geplatzt: Volkswagen-Personalvorstand Peter Hartz hat umgehend dementiert, dass er neuer Superminister für Wirtschaft und Arbeit und damit Gegenspieler des Ex-Jenoptik-Chefs Lothar Späth werden wolle. Regierung und SPD-Fraktion zogen sofort nach. Alles andere wäre einer Rücktrittsaufforderung nun auch an die glücklosen Minister Werner Müller und Walter Rister gleichgekommen. Der

Vorgang zeigt, wie dünn die Personaldecke von Bundeskanzler Schröder ist und wie verzweifelt er versucht, sich aus dem Umfragetief zu befreien. Spektakuläre Reformkonzepte hat er keine.

Financial Times

Der Zylinder ist leer

Hartz hat dem Kanzler unlängst ein Kaninchen geliefert – aber er wird nicht auch selbst aus dem Zylinder schlüpfen, um Schröder aus seiner Bedrängnis zu retten. Der VW-Manager ließ mit seinem Konzept zur Reform des Arbeitsmarkts die Regierung vorübergehend die Meinungsführerschaft zurückgewinnen. Doch diese Freude war in turbulenten Wahlkampfzeiten mit Ministerrücktritten und konstant alarmierenden Arbeitslosenzahlen kurz. Darum könnte ein Ministerkandidat Hartz die Malaise der rot-grünen Regierung auch nicht mehr stoppen. Sein Papier ist längst im Streit zwischen den Lagern seiner Kommission geschreddert worden.

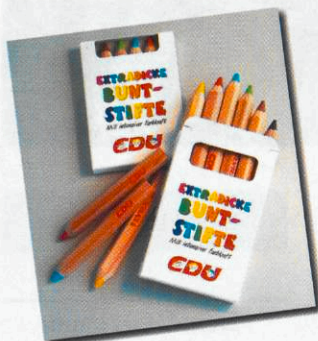
Die Welt

WAHLKAMPF

Dem DGB kann glauben, wer will

Diesmal sollen es nur zwei Millionen Euro sein, die der Deutsche Gewerkschaftsbund im Wahlkampf ausgibt. Das ist die Hälfte des Etats, den der DGB 1998 für die Unterstützung der Sozialdemokraten und Gerhard Schröders Wahl zum Bundeskanzler zur Verfügung gestellt hatte. Die begleitende Ankündigung von DGB-Chef Sommer, der DGB wolle „auch 2002 keinen Wahlkampf für eine Partei oder einen Kandidaten“, mag glauben, wer will. Die Gewerkschaftsmitglieder wissen ohnehin am Besten, wofür ihre Beiträge Verwendung finden. Sommer täte besser daran, statt abermaliger rituell vorgezogener Neutralitätsbekundungen das Wetterleuchten gravierender Umbrüche am Horizont zur Kenntnis zu nehmen und seine Mitstreiter darauf vorzubereiten.

Die Welt



CDU-Buntstifte

mit intensiver Farbkraft,
Bruch-, Wisch- und Wasserfest

Bestell-Nummer: **9250**
Preis je **10 Schachteln: 17,40 €**
inkl. MwSt.: 20,18 €

CDU-Malblock

DIN A4, 30 Blatt

Bestell-Nummer: **9878**
Preis je **20 Stück: 28,00 €**
inkl. MwSt.: 32,48 €



Mini-Schultüte,

Inhalt: 4 Buntstifte, Radiergummi,
Bleistift und CDU-Vitaminbonbons

Bestell-Nummer: **9657**
Preis je **10 Stück: 15,30 €**
inkl. MwSt.: 17,75 €



Vorderseite



Rückseite

Euro-Malbuch

Bestell-Nummer: **9744**
Preis je **25 Stück: 11,30 €**
inkl. MwSt.: 13,11 €

Stundenplan

Bestell-Nummer: **9258**
 Preis je **250 Stück: 10,20 €**
 inkl. MwSt.: 11,83 €

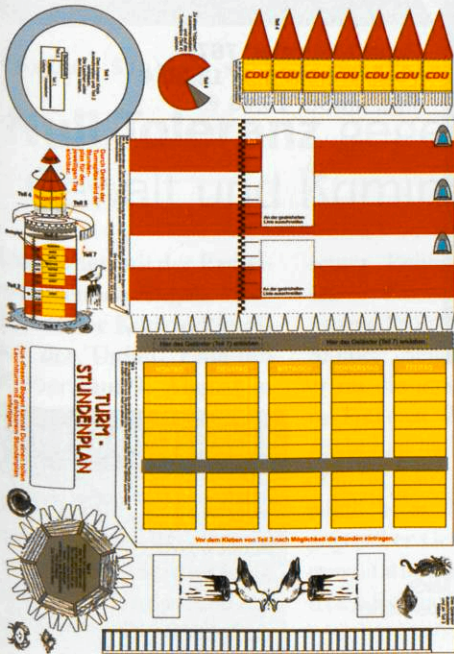


CDU-Spritztiere

Bestell-Nummer: **9559**
 Preis je **30 Stück: 15,00 €**
 inkl. MwSt.: 17,40 €

Reflektoren, bunter Mix aus verschiedenen Figuren und Symbole

Bestell-Nummer: **9558**
 Preis je **30 Stück: 18,90 €**
 inkl. MwSt.: 21,92 €



Bastelbogen mit Stundenplan Leuchtturm

Bestell-Nummer: **9745**
 Preis je **25 Stück: 10,20 €**
 inkl. MwSt.: 11,83 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



**schützen WIR,
WAS UNS AM
WICHTIGSTEN IST.**

Schule hat begonnen: Fahren Sie bitte vorsichtig!

Zeit für Taten.

CDU

**„Schule hat begonnen:
fahren Sie bitte vorsichtig!“**
DIN A1

Bestell-Nummer: **7679**
Preis je **50 Stück: 13,30 €**
inkl. MwSt.: 15,43 €

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Vermold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.